

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 31 (1990)  
**Heft:** 8

**Rubrik:** Brief und Antwort

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## BRIEF UND ANTWORT

### Freiheit für Litauen: ja, aber wie und wann?

Am 30. März nahm der Leiter des Schweizerischen Ost-Instituts, Dr. Peter Sager, in einer Sendung des deutschschweizerischen Fernsehens an einem Gespräch über Litauen teil. Die litauische Austrittserklärung aus der UdSSR verteidigte der Exillitauer Stasis Lozraitis, den Vilnius als Sprecher der Republik im Ausland beglaubigt hat. Den Moskauer Standpunkt vertrat der Novosti-Vertreter in der Schweiz, Juri Puschkin. Weitere Teilnehmer waren Elfie Siegl, eine Moskauer Korrespondentin, und der (gute) schweizerische Gesprächsleiter Peter Studer.

Zum Teil wegen der gewollten politischen Disposition des Moskauer Vertreters und zum Teil vermutlich aus persönlichkeitsbedingten Gründen dominierte dem Anschein nach die Diskussion zwischen Lozraitis und Sager, wobei es naturgemäss die strittigen Punkte waren, die zur Austragung kamen. Indessen gab es keinerlei Meinungsverschiedenheit um

das litauische Recht auf Unabhängigkeit selbst. Zu kontroversen Diskussion standen lediglich Zeitpunkt und Modalitäten seiner Inanspruchnahme. Sager vertrat die Auffassung, dass die litauische Erklärung zu diesem Zeitpunkt den Reformkurs Gorbatschows gefährde, mit negativen Auswirkungen auch auf die praktischen Unabhängigkeitschancen Litauens und anderer Sowjetrepubliken. Inhalt der «Auseinandersetzung» war somit der taktische Weg zur Verwirklichung der legalen und legitimen Ansprüche der litauischen Republik. (Das hat zum Beispiel die «NZZ»-Rezension vom 2. 4. 1990 unter dem Titel «Welcher Weg zu einem souveränen Litauen?» zum Ausdruck gebracht.)

Unter den Zeitbild-Lesern, welche die Sendung angesehen haben, gab es unterschiedliche Reaktionen. Wir veröffentlichen hier eine Zuschrift zusammen mit der Antwort von Peter Sager.

*Sehr geehrter Herr Dr. Sager*

Meine Frau und ich haben gestern abend «Die Freitagsrunde» am Fernsehen DRS eingeschaltet. Wir fühlen uns verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, wie riesengross unsere Enttäuschung war.

In schulmeisterlicher Art vertraten Sie gegenüber dem litauischen Diplomaten Ansichten, die direkt aus der Propagandaküche Moskaus stammen. Bei allem Verständnis für Gorbatschow ist doch Vorsicht für die weitere Entwicklung geboten. Wer sollte das besser wissen als Sie?

Kein Wort des Bedauerns oder des Mitgefühls mit dem litauischen Volk war von Ihnen zu hören. Ein Volk, das seit 50 Jahren unter der Sowjetherrschaft leidet und das in den letzten Wochen mit Militär und Panzern bedroht wurde, in einem Land, wo staatliche Gebäude von russischem Militär besetzt sind und Verhaftungen Jugendlicher vorgenommen werden. Kein Verständnis für ein Volk, das in demokratischer Wahl sein Parlament gewählt hat, mit einer überwältigenden Mehrheit für Trennung von den russischen Unterdrückern.

Wir konnten die Sendung nicht bis zum Ende verfolgen. Der sympathisch und anständig seine Anliegen vortragende litauische

Bürger, der vergebens auf ein wenig Unterstützung durch den Politiker der freien Schweiz hoffte, hat uns zu leid getan. Dass er vom Novostni-Mann und von der Korrespondentin des Tagesanzeigers kein Verständnis erwarten konnte, war sicherlich ihm wie auch uns klar. Dass er aber von einem schweizerischen Volksvertreter abgekanzelt und auf unsympathische Weise «belehrt» wurde, war nicht zu ertragen. Es ist immerhin zu sagen, dass glücklicherweise Herr Studer die Diskussion neutral leitete und eher etwas Verständnis zeigte.

Wüssten wir die Adresse des Litauers, würden wir uns gerne bei ihm für Ihr Verhalten entschuldigen und ihm versichern, dass Sie nicht die Ansicht der Mehrheit des Schweizer Volkes vertreten haben – eines Volkes, das immer wieder auf seine Freiheit und sein Eintreten für freie Völker pocht, gerade von SVP-Seite.

Wir sind seit vielen Jahren Abonnent und Leser des «Zeitbild». Mit Interesse haben wir die Beiträge über die Zustände und zuletzt die Entwicklungen im Osten verfolgt. Gerade deshalb mussten wir Ihr Verhalten in der gestrigen Sendung als schwere Entgleisung empfinden.

*Mit freundlichen Grüßen  
K. und E. S.*

*Sehr geehrte Herr und Frau K. und E. S.*

Ihren Brief vom 31. März habe ich erhalten und eingehend gelesen. Ich halte Ihnen vorab zwei Dinge zugute: dass Sie Ihren Brief spontan und in einer emotionellen Stimmung verfassten, und dass Sie – indem Sie einen Brief schreiben – auch die Antwort zur Kenntnis nehmen.

Zunächst habe ich keineswegs «belehrt» oder mich schulmeisterlich verhalten, sondern mich an einer lebendigen Diskussion über ein wichtiges Thema beteiligt.

Sodann ist es objektiv falsch, wenn Sie sagen, ich hätte «kein Wort des Bedauerns oder des Mitgefühls mit dem litauischen Volk» geäußert; vielmehr habe ich das ausdrücklich gesagt. Während Jahrzehnten gehörten das SOI und ich zu den wenigen, die den kommunistischen Totalitarismus bekämpften und für die Unabhängigkeit auch des Baltikums warben. Wer konnte und sollte das eigentlich besser wissen als Sie, die Sie dem Zeitbild seit dem August 1960 die Treue gehalten haben?

Hier eine erste Feststellung: Dem Baltikum – ich war vor gut zwei Wochen in Riga und habe stundenlange Gespräche auch mit Vertretern der Volksfront geführt – geht es in allen Belangen besser als noch vor drei Jahren, zudem besser als den Menschen jetzt in Russland. Ist es nicht erstaunlich, dass nun, da bedeutende Fortschritte feststellbar sind, Moskau im Westen mehr kritisiert wird als zur Zeit Breschnews?

Die Verbesserung der Lage wird übrigens von den meisten Balten selbst festgestellt. Dass dieser Umstand in Verbindung mit den überaus grossen Schwierigkeiten der Reformträger in Moskau eine Versuchung darstellt, nun die Unabhängigkeit möglichst rasch verwirklichen zu wollen, verstehe ich sehr gut und habe dieses Verständnis in der Sendung wiederholt geäußert.

Aber damit stellt sich sogleich die zentrale Frage: Wenn es schon vorwärts geht, muss es denn tout prix noch rascher vorwärts gehen, auch zum Preis eines hohen Risikos?

Aus emotioneller Sicht vieler Balten wird die Frage mit Ja beantwortet aus der Überlegung, dass Moskau gegenwärtig nicht in der Lage ist, die Unabhängigkeit der baltischen Republiken zu verhindern. Der Reformkurs würde aus dieser Sicht mit einer Intervention im Baltikum seine Glaubwürdigkeit verlieren und die westliche Anerkennung und Hilfe einbüßen.

Diese Überlegung lässt die grossen Zusammenhänge auf sehr gefährliche Weise ausser Betracht. Wer diese Zusammenhänge mit einbezieht, ist meines Erachtens der wahre Freund der Balten. Es darf ja nicht darum gehen, einfach (und sehr billig) Gesinnung zu bekunden, sondern Wirkung zu erzielen. Wer jetzt im Westen aus ebenfalls emotio-

nellen Gründen die «gute Gesinnung» äussert und die Balten in ihrem Wunsch bestärkt, sofort die Unabhängigkeit anzupfeilen, der legt Versprechen ab, die er nicht halten kann. Wer ist schon in der Lage, den Balten im Notfall militärisch beizustehen? Wer hat den Ostdeutschen 1953, den Ungarn 1956 und den Tschechoslowaken 1968 geholfen, die vom Westen aus (und nie vom SOI) ermuntert wurden? All diese Kreise haben sich in der Folge ihrer Verantwortung entschlagen, als die Ostdeutschen, Ungarn und Tschechoslowaken sich bitter beklagten, vom Westen ermutigt und darauf im Stich gelassen worden zu sein. Vom SOI aus haben wir die Träger des Prager Frühlings gewarnt, nicht zu viel in zu kurzer Zeit zu wollen, um nicht den Reformkurs zu gefährden. Wir haben vor dem 21. August 1968 auf die Gefahr eines militärischen Einmarsches hingewiesen. Weil uns die Wirkung wichtiger war als die Gesinnung (die haben auch wir).

Das ist im Falle Litauens nicht anders. Bei allem Verständnis für den Wunsch nach sofortiger Unabhängigkeit müssen doch die möglichen Folgen und die grösseren Zusammenhänge beachtet bleiben. Darauf habe ich auch im «Zeitbild» verschiedentlich hingewiesen. Es wundert mich, dass Sie dies nie gesehen haben. Im letzten, diesbezüglichen Artikel habe ich im «Zeitbild» 3/1990 vom 8. Februar dieses Jahres geschrieben:

«Bezüglich des Nationalitätenproblems hat die Demokratisierung nicht nur starke zentrifugale Kräfte freigesetzt wie im Baltikum, in der Moldau, in der Ukraine und in Georgien, sondern auch Polarisierungen ermöglicht wie jene zwischen Aseri (Aserbaidschaner im ethnischen Sinn) und den Armeniern. Tatsächlich halten die sowjetischen Annexionen einer völkerrechtlichen Prüfung nicht stand, weshalb sezessionistische Tendenzen historisch erklärlich, politisch verständlich und moralisch gerechtfertigt sind.

«Bei aller Sympathie, die man derartigen Bewegungen entgegenbringen soll und darf, müssen indessen deren Führer doch vor allem ihren Einsatz nach den Erfolgsaussichten richten. Das bedeutet, an einer Illustration dargestellt, folgendes: Wenn etwa Litauen mit dem Hinweis auf die völkerrechtswidrige Annexion der baltischen Republiken im Jahre 1940 aus der Union ausscheiden könnte, so würden damit im Rahmen einer unvermeidlichen Kettenreaktion eine Reihe sehr heikler Fragen aktualisiert, so zum Beispiel das Sezessionsrecht von Lettland, Estland, der Ukraine und Georgien, das Recht der Moldau auf Anschluss an Rumänien, die Rückgabe kurlischer Inseln an Japan, der Anspruch Polens auf die 1945 verlorenen Ostgebiete.

Es ist einsichtig, dass die sowjetische Reformbewegung am Ende wäre, wenn all diese Fragen in rascher Folge aufgerollt würden und darüber entschieden werden müss-

te. Und es wird zu begreifen sein, wenn sich Moskau zur Rettung des Reformkurses gezwungen sähe, gegen sezessionistische Tendenzen schlimmstenfalls militärisch einzuschreiten, zumal eine dereinst erfolgreiche Reformbewegung – zu einem sehr viel späteren Zeitpunkt – solche Sezessionen ermöglichen wird.

Im Falle eines Misserfolges der Reformbewegung und ihrer Ablösung durch eine dogmatische Ordnung hätten die sezessionsfreundigen Nationalitäten den höchsten Preis zu bezahlen und mit der stärksten Repression zu rechnen. Daher dürfen wir darauf hoffen, dass die Führer der Nationalitäten im entscheidenden Augenblick sich der Notwendigkeit eines pragmatischen Kompromisses nicht verschliessen werden. Ob sich auch die betroffenen Völker dieser Einsicht öffnen werden, bleibt allerdings noch unsicher.

Längerfristig gesehen wird natürlich eine Entflechtung des sowjetischen Imperiums unvermeidlich sein. Tragbar wird ein solcher Vorgang jedoch erst, wenn die Reformkreise gewichtige wirtschaftliche Erfolge aufweisen können.

Eben diese Auffassung habe ich anlässlich der «Freitagsrunde» vertreten. Und genau in diesem Sinne bin ich von anderer Seite verstanden worden. So vom Rezensenten der «NZZ», dessen Besprechung der Sendung diesem Brief beiliegt, so auch von verschiedenen Zuschauern, die mir ihre Zustimmung telefonisch mitgeteilt haben, darunter auch ein Litauer, der seit langer Zeit im schweizerischen Exil lebt. Allerdings bin ich auch von drei Personen ebenso missverstanden worden wie von Ihnen.

In der Sendung habe ich es gesagt und wiederhole es hier: Ich habe in der Vergangenheit für die Unabhängigkeit des Baltikums gekämpft und werde es auch in Zukunft tun. Nicht indem ich diese Gesinnung betone, sondern indem ich den Erfolg suche.

Es ist nun tatsächlich so, dass das litauische Vorpellen riskant ist, und zwar für die Litauer selber. Um das zu erklären, muss ich etwas weiter ausholen.

Gorbatschow ist der erste Generalsekretär, der die Erkenntnis in die Tat umsetzte, dass den notwendigen wirtschaftlichen Strukturveränderungen innenpolitische Reformen vorangehen müssen. (Die von Gorbatschow angekündigte Neugestaltung der Union ist eine Priorität nach den Wirtschaftsreformen.) Auf der innenpolitischen Ebene der ersten Priorität ist in verblüffend kurzer Zeit tatsächlich Revolutionäres geleistet worden. Man muss sich das vor Augen halten und darf es nicht so rasch vergessen: Die Pressezensur ist faktisch aufgehoben. Die Ideologie hat auf das Monopol der Wahrheit, die Partei auf ihre Sonderstellung verzichtet. Die Geschichte wird sachbezogen aufgearbeitet. Die Fesseln, die den Kulturschaffenden angelegt waren, sind gefallen. Die Aussen-

politik wird grundlegend neu gestaltet: Die regionalen Konflikte werden entschärft. Die Sowjetunion hat sich aus Afghanistan zurückgezogen, Hand zum Waffenstillstand zwischen Irak und Iran geboten, den Rückzug Vietnams aus Kambodscha unterstützt, die Subventionen an die Länder reduziert, die unter ihrem Einfluss standen und sich dem jetzt langsam entziehen: Nicaragua, Angola, Mosambik, Äthiopien, Südjemen, Libyen, Vietnam. Mehr noch: Dank Gorbatschow konnten die dogmatischen Regime in der DDR, der CSSR und Rumäniens ausgewechselt, der Reformkurs Ungarns, Polens und Bulgariens abgesichert werden.

Ich spreche bewusst von Gorbatschow. Er ist zwar nicht allein, aber vor allem ist er nicht unangefochten. Er muss die Opposition im eigenen Lande (innerhalb der Bürokratie und der Partei, der Armee und sogar des KGB) sehr wohl im Auge behalten, wenn er den Misserfolg vermeiden will. Problematisch ist natürlich auch das «Volk». Was hat die Reformbewegung bis anhin dem russischen Volk gebracht? Rückgang des Lebensstandards, Verschlechterung der Versorgungslage, Verunsicherung, drohende Arbeitslosigkeit – all das verständlich in einer schweren Zeit der völligen Umstellung, aber eben doch belastend und allenfalls einer Opposition dienlich.

Nun ist er mit den politischen Reformen doch schon so weit vorangekommen, dass er

## Zeitbild

Erscheint alle zwei Wochen  
Redaktion – Administration –  
Anzeigenverwaltung  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Telefon 031 43 12 12  
Telefax 031 43 38 91  
Postcheck Zeitbild 30-24616-5  
Banken: Spar + Leihkasse Bern 1.534.002.03  
Deutsche Bank Frankfurt a. M.  
(BLZ 500 700 10) 78-2409  
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Forschung, Information und Dokumentation

### Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

### Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder, Trudy Gasser

### Abonnementspreise Schweiz

Jahresabonnement Fr. 54.–  
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 32.–  
Einzelnummer Fr. 2.50

### Abonnementspreise Ausland

**Europa + Mittelmeerländer**  
Jahresabonnement sFr. 59.–/DM 70.–  
Luftpost sFr. 64.–

Studenten, Lehrlinge und Schüler  
sFr. 37.–/DM 44.–

Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

### Übersee

Jahresabonnement Luftpost sFr. 69.–



Moskau hat den Litauern vorgerechnet, was ihnen die Übernahme sowjetischen Eigentums kosten würde. Darauf nimmt diese Karikatur bezug: «Du musst mich noch für Schnur und Angelhaken entschädigen.» (Gazeta Wyborcza, Warschau, 6. 3. 1990).

sich mit den Wirtschaftsreformen als nächster Priorität befassen kann. Dazu braucht er die weiterreichenden Kompetenzen, die ihm sein neues Präsidentschaftsamt am 14. März eingeräumt hat, nicht als neuer Diktator, wie unwisende Beobachter vermuten, sondern vergleichbar den Kompetenzen des amerikanischen oder des französischen Präsidenten. Bereits am 17. März wurde ein radikales Programm für Reformen in Richtung Marktwirtschaft beschlossen.

In dieser Lage war der Vorstoss Litauens für den Moskauer Reformkurs besonders gefährlich. Hätte Gorbatschow diesen Vorstoss unbeantwortet gelassen und den Abfall einer (wenn auch kleinen) Republik geduldet, so wäre seine Glaubwürdigkeit als neuer Präsident verlorengegangen; er hätte die Wirtschaftsreformen nicht mehr durchzusetzen vermocht. Zumal andererseits das erfolgreiche Ausscheren Litauens die bereits erwähnte Kettenreaktion ausgelöst hätte.

Freilich kann man auch diese Entwicklung als Alternative prüfen, kann man die Sowjetunion als sterbenden Elefanten betrachten.

Aber was würde ein Misserfolg der Reformbewegung voraussichtlich anderes bedeuten als Bürgerkrieg, Verwüstungen und Zerstörungen? Meines Erachtens hat der Reformkurs eine echte Chance, nur benötigt er sehr viel Zeit, bis Russland sich politisch und wirtschaftlich den Verhältnissen im Westen angeglichen haben wird. Es ist mir bewusst, dass wenige Balten an einen wirtschaftlichen Erfolg der Reformbewegung glauben. Diesem Glauben setze ich den meinen entgegen, wonach eine erhebliche Verbesserung des

Lebensstandards in den nächsten fünf Jahren erzielt werden wird. Die Zukunft wird zeigen, wer sich weniger getäuscht haben wird.

Vielleicht haben Sie inzwischen gelesen, dass auch Estland die Unabhängigkeit will, diese aber in einer längeren Übergangsperiode und im Dialog mit Moskau erringen möchte. Das weist auf eine unterschiedliche Haltung aller drei baltischen Republiken hin. Dieser Umstand lässt sich damit erklären, dass Litauen den grössten (knapp 80 %), Estland den zweitgrössten (65 %) und Lettland den kleinsten (54 %) Anteil eigener Bevölkerung aufweist.

Unter diesem Gesichtspunkt konnte Litauen durchaus die Auffassung vertreten, dass es in der günstigsten Position sei und als Eisbrecher vorangehen müsse.

Dagegen lässt sich indes zweierlei einwenden. Zum einen muss ein Scheitern Litauens die Lage der andern baltischen Republiken verschlechtern. Zum andern befinden sich alle drei baltischen Republiken in der gleich günstigen völkerrechtlichen Lage. Daher wäre ein gleichzeitiges und koordiniertes Vorgehen vielleicht erfolgversprechender gewesen.

Wenn in einigen Jahren ein wirtschaftlicher Erfolg vorgezeigt werden kann, wird die Unabhängigkeit den baltischen Republiken eingeräumt werden können. Das braucht Zeit. Bedenken Sie doch, dass unter den ganz andern Bedingungen der Schweiz die jurassische Kantonsgründung, die nicht einmal eigenstaatliche Unabhängigkeit darstellt, runde 20 Jahre benötigt hat. Im übrigen und zu meiner Beruhigung hat am 2. April, am Tag, da ich Ihren Brief erhielt, der litauische Parlamentspräsident Landsbergis erklärt, die Litauer müssten «die Probleme Gorbatschows einkalkulieren». Ferner deutete er ein Einlenken bezüglich der Geschwindigkeit der Abtrennung Litauens von der Sowjetunion an. Das entspricht meiner Haltung und bestätigt deren Richtigkeit.

Ein Politiker, dem das Wohl der Gemeinschaft am Herzen liegt, zielt auf die Wirkung, auf das Mögliche ab. Es ist der Demagoge, der bloss Gesinnung bekundet, die Wirkung ausser acht lässt und sich hernach der Verantwortung entzieht.

Übrigens: Ich werde Ihren Brief und meine Antwort gerne Herrn Lozoraitis zustellen. Er wird Ihren Trost zur Kenntnis nehmen, gewiss aber auch meine Argumente überdenken.

Zum Schluss danke ich Ihnen für Ihre Unterstützung während 30 Jahren in der Hoffnung, dass ich durch meine Antwort Ihre Enttäuschung mildern kann.

Mit freundlichem Gruss  
Peter Sager

**Nachwort:** Zu den drei ersten, sehr kritischen Briefen haben sich sieben weitere gesellt, aber auch eine gleiche Zahl positiver Stimmen. Namentlich Spezialisten haben eine ähnliche Haltung vertreten wie ich. Das ist mir kein zureichender Trost. Offenbar habe ich allzu stark vorausgesetzt, dass meine grundsätzliche Befürwortung der baltischen Unabhängigkeit hinreichend bekannt sei. In der Diskussion ist es ausschliesslich um die Frage gegangen, ob es tunlich sei, die litauische Unabhängigkeit *jetzt* durchsetzen zu wollen. Dass sich in der Sowjetunion bereits die Opposition gegen die Reformer artikuliert – Ligatschow forderte einen härteren Kurs, und das Zentralkomitee erliess einen Aufruf zur Straffung der Parteimitgliedschaft –, könnte sehr wohl auch durch die Unabhängigkeitsfrage bewirkt worden sein, ebenso der Erlass eines Gesetzes über die Sezession, das im Grunde deren Verhinderung dient. Auf diese Fragen werde ich noch ausführlicher zurückkommen. PS



Ihr Teppich- und Bodenbelagsgeschäft

W. Geelhaar AG Bern  
Thunstrasse 7  
am Helvetiaplatz  
Tramlinien 3+5

Telefon 031 43 11 44

Auch für Reparaturen und  
Reinigungen von Orient-,  
Handweb- und Berber-  
teppichen sind wir Ihr  
Vertrauenshaus.